

## Pressemitteilung

Nr. 70/2013

Kiel, 04.09.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. 0431-988 1383

### **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## Vom Knickschutz profitieren alle

*Zum Streit um die Knickverordnung und der anhängigen Klage dreier Landwirte vor dem OVG Schleswig erklärt der agrar- und umweltpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Flemming Meyer:*

Ich will gewiss niemandem das Recht absprechen, gegen Verordnungen mit denen man nicht einverstanden ist, Beschwerde einzulegen.

Jedoch: Wenn man ehrlich ist, stellt der Knickschutz eine win-win-Situation her. Denn die vorgeschlagenen Schutzstreifen sind als Vorrangfläche im Sinne der EU-Vorgaben voll anrechenbar. Dies hat mit Enteignung also nichts zu tun.

Zur Wahrheit gehört auch, dass Jahrzehnte der Appelle von Politik und Umweltschutz, die Knicks besser vor den Schäden intensiver Landbewirtschaftung zu bewahren, vielerorts nicht eingehalten wurden. Deshalb steht es heute teilweise sehr schlecht um die schleswig-holsteinischen Knicks. Und deshalb ist es richtig, einen Schutzstreifen einzurichten und das seitliche Einkürzen der Knicks einzudämmen.

Wer mich kennt, weiß: Ich nehme jedes Gegenargument ernst.

Wenn der Bauernverband uns jedoch vorrechnet, die Summe der Saumstreifen entspräche einer Fläche von 50 landwirtschaftlichen Betrieben, dann ist das

schlicht unseriös.

Es geht hier nicht um die Stilllegung von Betrieben, wie das Zahlenspiel suggeriert. Es geht darum, dass ein Landwirt auf die Bewirtschaftung eines kleinen Streifens von 50 Zentimetern Breite verzichtet, um ein Biotop zu schützen, dass tausenden Tier- und Pflanzenarten eine Heimat bietet und zudem vor Wind und Wetter schützt.

Die Einrichtung eines Saumstreifens ist mit Abstand der für Landwirte kleinstmögliche und für die Natur bestmögliche Eingriff, um die EU-Vorgaben zum Greening einzuhalten. Die Alternative wäre Stilllegung von Flächen. Von daher sollte man eigentlich meinen, dass Politik und Landwirtschaft in dieser Sache Hand in Hand gehen können.